

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 14.09.2011**

öffentlich

Ort: Amt für Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstr. 4
Raum 117
06114 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Heike Wießner
Frau Ute Haupt
Frau Hanna Haupt
Frau Katja Raab
Frau Sabine Wolff
Herr Leonhard Dölle
Herr Uwe Kramer
Frau Sylvia Plättner
Frau Dagmar Schöps

ab 16.05 Uhr anwesend

ab 16.05 Uhr anwesend

i.V. von Frau Klotsch ab 16.10 Uhr anwesend

Entschuldigt fehlen:

Frau Antje Klotsch

Stellv. anwesend

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.08.2011
4. Sachkostenkatalog Fördermittel
Wurde als TOP vorgezogen
5. *Schule und Horte*
TOP 5 und 6 wurden als ein TOP zusammen behandelt!
6. *Förderschüler (Inklusion)*
7. Mitteilungen
8. Anträge von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kramer eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kramer stellte die TO fest.

Frau Schöps bat darum, dass TOP 6 vorgezogen wird auf TOP 4 und TOP 4 und 5 anschließend gemeinsam behandelt werden. Letztere gehören inhaltlich zusammen. Hierzu gab es keinen Widerspruch, demzufolge ehem. TOP 6 jetzt auf TOP 4 und TOP 4 und TOP 5 jetzt als TOP 5 und 6 gemeinsam zur Behandlung. So wurde die TO bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.08.2011

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen bestätigt.

zu 4 Sachkostenkatalog Fördermittel

Frau Schöps sprach an, dass der Sachkostenkatalog schon dem UA im Zusammenhang mit der Förderrichtlinie vorgelegen hat. Im JHA am 09.06.11 wurde der Sachkostenkatalog diskutiert und auf Grund der Fragen durch die Verwaltung zurück gezogen und an den UA erneut zur Behandlung gegeben. Die im JHA aufgetretenen Fragen wurden geprüft und der Katalog in diesen Punkten überarbeitet. Sie gab das Wort an die Teamleiterin Fördermittel, Frau Kamprath.

Frau Kamprath sprach die geringfügig veränderten Punkte an:

1. Fahrt- und Reisekosten – hier ist das Bundesreisekostengesetz anzuwenden, max. 1 Monatskarte, das Wirtschaftlichkeitsgebot ist zu beachten, Projekte welche vor 9 Uhr keine Projekte haben, können nur das 9-Uhr-Ticket anerkannt bekommen.;
2. Spiel- und Beschäftigung, projektbezogene Materialien - 750,- € pro Leistung und geförderter Vollzeitstelle. Die Auswertung der Verwendungsnachweise der letzten Jahre hat ergeben, dass durchschnittlich 500 – 600 EUR pro Vollzeitstelle gefördert wurden.
3. Honorare sind kein eigener Posten sondern werden über Sachausgaben eigene Veranstaltungen abgedeckt. Hierbei handelt es sich um Aufwendungen gem. 3 4 der Richtlinie der Stadt zur Förderung von Angeboten der Jugendhilfe.
4. Beim Posten „Wartung technischer Geräte/Reparaturen“ wurde neu „Technikpauschalen“ hinzugefügt.

Anfrage Herr Dölle zu 1.: Gilt dies pro Einrichtung oder pro Projekt?

Antwort Frau Kamprath: pro Projekt.

Anfrage Herr Kramer zu 3.: Es gibt Honorare, welche sich nicht auf eigene Veranstaltungen beziehen sondern auf Projekte.

Antwort Frau Kamprath: Das läuft generell hierüber.

Anfrage Herr Dölle, wie das bei Projekten gehandelt wird, welche über Landes- oder Bundesmittel mit finanziert werden? Sind 2.500 € inklusive Honorare oder extra?

Antwort Frau Kamprath, dies muss im Projektantrag hierfür extra begründet werden. Marktübliche Honorarsätze sollten als Orientierung genommen werden.

Anfrage Herr Dölle zu 2.: Maximal 750,- € gedacht?

Antwort Frau Schöps, dass dies in der Regel so sein soll. Wenn ein Projekt höher oder niedriger liegt ist dies Verhandlungsbasis. Dies muss oben im Sachkostenkatalog noch mit eingefügt werden, dass dies in der Regel so anzuwenden ist. Das wird noch korrigiert.

Frau Kamprath verwies auf die aufgenommenen Technikpauschalen, die im JHA verlangt worden sind. Dies ist eine Möglichkeit der Abrechnung und unschädlich dies mit aufzunehmen.

Herr Kramer sprach an, dass in der Villa Jühling 4 Kopierer stehen und dies nur über Technikpauschale abgerechnet werden kann, um nicht alles einzeln ablesen zu müssen, Aufwand wäre zu hoch.

Anfrage zum weiteren Verfahren jetzt hierzu?

Die Verwaltung antwortete, dass der Sachkostenkatalog in der Sondersitzung des JHA am 27.10.11 auf die TO kommen soll.

zu 5 Schule und Horte

Frau Schöps sprach an, dass Schule und Horte als auch Inklusion ein Thema sind und deswegen als TOP zusammen behandelt werden.

Die Entwicklung zu den Horten muss extra betrachtet werden. In der nächsten Sitzung ist ihre Mitarbeiterin, Frau Erfurt mit dabei, welche die BEP 2012 erarbeitet. Heute ist für den Bereich Schule Herr Zschocke mit anwesend, der hierzu Aussagen treffen kann.

Frau Schöps sprach an, dass jede Schule angesehen worden ist und die Kapazität der Horte. Es wurde gegenübergestellt, wie viel Schüler dort sind; wie viel waren zum Stichtag im Hort angemeldet.

Sie sprach am Beispiel einer Schule an, dass hier 177 Grundschüler in die Schule gehen, davon nutzen 133 Schüler auch den Hort, das sind 75%, demzufolge sind 89% der **Gesamtkapazität** ausgelastet. Es erfolgte eine Hochrechnung bis zum Jahr 2021. Sicher ist für die nächsten 7 Jahre die Anzahl der Schüler, welche in die Schule kommen. Die Einzugsbereiche sind in der Zahl variabel, da sich das immer wieder ändern kann. Wenn Horte 100% ausgelastet sind, wird es schwierig, ebenso bei Unterauslastung. Es erfolgte eine Untergliederung der Horte nach Sozialräumen – wo sind die Horte, wo läuft es normal, wo ist eine Überlastung oder Unterlastung. Es hat ein neues Schuljahr angefangen, Zahlen werden aktualisiert. Es wurden auch die Planungsräume angesehen und dazu gibt es Vorstellungen. Sie brachte hier den Planungsraum Mitte-Nord-Ost. Hier Grundschule Friesen im „Medizinerviertel“. Sie stellte hierzu die Ist-Beschreibung, die Folge und *Ideen* für Maßnahmen vor. An dieser Schule sind stark ansteigende Schülerzahlen; ist auch ein Brennpunktviertel aus Sicht des ASD. Es ist hier mit einem wachsendem Hortbedarf zu rechnen. Die Schule ist in einem schlechten Bauzustand, Brandschutzmängel und begrenzte Raumkapazität sind zu verzeichnen. Es erfolgt eine Teilnutzung durch das Herder-Gymnasium (3 UR). Kombinierte Raumnutzung durch Schule und Hort.

Anfrage Frau Wolff, ob Inklusion hier schon eine Rolle spielt?

Antwort Frau Schöps: Vorstellungen fließen mit ein. Dies ist ein schwieriger Akt.

Anfrage Frau Wolff, ob die Fraktionen dieses Papier erhalten?

Antwort Herr Zschocke: Dies ist jetzt nur ein Arbeitspapier. Im Schulentwicklungsplan ist es dann auf jeden Schulstandort ausgewiesen. Vor vier Jahren gab es einen strittigen Punkt, da es rein rechtlich keine Festlegung zu einer Zusammenlegung von Schule und Hort gibt. Es wurde eine Zuordnung vorgenommen, da sonst die Basis fehlen würde.

Frau Schöps sprach an, dass es zwischen beiden Ministerien eine Regelung gibt, dass eine Doppelnutzung Schule-Hort erfolgen kann. Schule muss auch Räume haben, die sie einzeln nutzen können. Durch die Horte wird eine hochwertige qualitative Betreuung erwartet und nicht nur eine „Aufbewahrung“.

Frau Schöps führte am Beispiel der Friesenschule auf, welche Maßnahmen **möglich wären**, um den derzeitigen Stand ändern zu können.

Sie wies darauf hin, dass diese Schule ein Beispiel von mehreren Schulen ist, was die Problemhaftigkeit angeht.

Herr Zschocke sprach an, dass infrage kommender Standort bspw. die Freiimfelderstraße (Comeniusschule) wäre. Hier ist aber der Schulbezirk ein Problem. Es muss nach Lösungen für Schule und Horte gesucht werden.

Frau Schöps sprach an, dass Ideen zusammen getragen worden sind, um eine Lösung zu finden. Dabei dürfen auch die finanziellen Aspekte nicht aus den Augen verloren werden.

Herr Zschocke sprach an, dass sie dankbar für Hinweise sind, was wo möglich wäre.

Anfrage Frau Wolff, ob die ehemalige Steintorschule für die Friesenschule mit genutzt werden könnte, allerdings müsste eine Sanierung erfolgen.

Antwort Frau Schöps, dass diese Schule seit Jahren geschlossen ist und dies finanziell kaum leistbar wäre.

Herr Zschocke ergänzte, dass es zu dem Objekt Kaufverhandlungen gab, hierzu kennt er den Stand nicht, evtl. steht das Objekt nicht mehr zur Verfügung.

Anfrage Herr Kramer, wie viel Probleme jetzt benannt werden sollen? Er verwies auf das angedachte Zeitvolumen der Sitzung und fragte zum weiteren Verfahrensablauf an.

Frau Schöps antwortete, dass jetzt erst die Horte mit Überbelegung Stand 01.09.11 vorliegen. Als Probleme sind einige Schulen noch aufgeführt, u.a. Grundschule Dürer, Lessing von der AWO; GS Am Heiderand (IB); GS Johannes (BUK).

Herr Kramer fragte an, ob für die Lessing- und Dürerschule etwas vorgesehen ist?

Herr Zschocke antwortete, dass evtl. ein Neubau für die Lessingschule geplant ist, dies sind noch Überlegungen. Bis 2016/17 wird das gesamte Objekt als Schule benötigt, da die Schülersauslastung dann bei 100% liegen wird. Überlegenswert sind Veränderungen bzgl. der Schulbezirke.

Frau Schöps verwies wiederholt darauf, dass heute eine „Ideensammlung“ vorgelegt wurde. Es werden Ideen gesammelt, um zu schauen, wie Probleme angegangen und gelöst werden könnten. Hier müssen natürlich alle Betrachtungspunkte, auch die finanziellen Aspekte, dann angesehen werden.

Anfrage Frau Plättner, ob zum Brandschutzproblem an der Lessingschule etwas geplant ist?

Antwort Herr Zschocke, dass diese in der Liste mit aufgenommen sind. Bei der Sanierung dürfen nicht Raumkapazitäten verloren gehen. Oftmals sind bei solchen Problembehebungen dann die Forderungen so, dass dies so etwas nach sich zieht. Die Räume werden dringend benötigt.

Anfrage Herr Kramer zur Johannesschule?

Antwort Frau Schöps, evtl. ist hierfür ein neuer Hort geplant. Glaucha soll evtl. als zentraler Hortstandort aufleben.

Herr Zschocke ergänzte, dass in diesem Jahr die Sekundarschule ausgezogen ist. Dadurch wird die Grundschule größer, evtl. könnte hier Hort rein. Ein Zusammenspiel beider Planungen muss in den nächsten zwei Jahren passieren. Sicherung der Beschulung als auch der Rechtsanspruch auf Hortbetreuung sollen gewährleistet werden. Eine sinnvolle Lösung muss gefunden werden, unter Berücksichtigung auch der finanziellen Aspekte.

Anfrage Frau Wolff, ob die Probleme bewältigt werden können, da ja keine finanziellen Mittel da sind?

Antwort Frau Schöps, dass die Schwierigkeit auch darin besteht, dass eine Doppelnutzung Schule/Hort erfolgen muss. Für 2011/12 ist dies nicht günstig. Hier müssen die Schul- und Hortleiter eingeladen werden, um zu einer Lösung zu kommen. Es gibt kaum Möglichkeiten, hier sofort eine gute Lösung zu finden.

Hinweis von Frau Hanna Haupt zu den Schulbezirken. Diese müssen wieder angesehen werden, mittlerweile hat sich die Lage verändert. Oftmals sind wieder Schulen voll, die vormals leer waren. Heute andere Situation, so dass diese Problematik wieder „angefasst“ werden muss.

Anfrage Herr Dölle, ob es Überlegungen zu „alternativen Hortmodellen“. Er nannte als Beispiel die Grundschule Am Ludwigsfeld, hier alternativ Platzmöglichkeit. Wird nur bei KITA-Trägern oder auch anderen freien Trägern eine Platzmöglichkeit geprüft?

Antwort Frau Schöps, dass bisher alle Schüler mit einem Hortplatz versorgt werden konnten. Doppelnutzung Schule-Hort wird angestrebt. Evtl. sollen auch vorhandene Halbtagsplätze mit genutzt werden oder auch JBZ hierfür mit genutzt werden. Lösungsstrategien werden von allen Seiten geprüft. Die KITA- und Krippenplätze sind recht gut ausgelastet. Hier ist kaum noch etwas möglich. Die Nutzung von Halbtagsplätzen wurde noch nicht öffentlich diskutiert.

Frau Plättner sprach an, dass der KITA-Platzbedarf ebenso wie der an Hortplätzen an diesen Standorten ist. Ab 2013 wird es einen Ganztagsanspruch geben. Sie warnt davor, jetzt darüber nach zu denken, nach solchen Nutzungen zu schauen. Es ist ein Unterschied, ob 3 Jahre oder 10 Jahre betreut werden. In einer vollen KITA sollte keine Doppelnutzung nachmittags passieren, dies wäre sehr schwierig.

Antwort Frau Schöps, dass auch geschaut werden muss, ob KITA's an den Standorten auch in einigen Jahren noch benötigt werden. Auch Fahrdienst für Reideburg/Kanena muss gesehen werden. Es müssen auch andere Lösungen gefunden werden, darauf muss jetzt geschaut werden.

Frau Wolff sprach an, dass vieles gut überlegt werden muss, auch aus Kostenaspekten. Es bleibt nicht mehr viel Zeit bis 2013.

Frau Schöps antwortete, dass deswegen die Gespräche mit den Schulen und Horten laufen müssen, um nach kurzfristigen Lösungen zu streben.

Herr Zschocke sprach die relative Größe der Schulbezirke an. Evtl. sollte der Hort dort genutzt werden, wo die Schüler wohnen und nicht am Standort der Schule. Da muss aber der Schulbezirk dafür geeignet sein, um das machen zu können. Beispiel Seeben.

Frau Schöps sprach an, dass Mitte-Nord-Ost große Sorgen macht, ebenfalls der südliche Bereich. Hier muss gesehen werden, wie das in den nächsten Jahren gelöst werden kann. Beispiel Johannesschule – für den Hort gibt es die Betriebserlaubnis. Dann kommt das Bauordnungsamt und die Probleme sind da.

Frau Ute Haupt sprach an, dass heute die Dinge zur Kenntnis genommen werden. Wie wird nun weiter damit umgegangen? Wann kommt die Entscheidung hierzu? Eine Umsetzung muss bald erfolgen, vorher muss es aber in den Bildungs- und Jugendhilfeausschuss. Inklusion ist auch ein Thema.

Herr Zschocke antwortete, dass in die Schulentwicklungsplanung noch das Problem Glauchaschule mit aufgenommen wird. Problematik muss weiter verfolgt werden. Eine Prüfung kurzfristiger Fördermöglichkeiten erfolgt. Die Konzentration liegt auf der bereits aufgeführten Lage. Es wurde ein Standortbogen für die Schulen angefangen, hier ist auch die Entwicklung der Schülerzahlen, die Bestandsaufnahme und der Trend wichtig.

Herr Kramer hinterfragte die Thematik Inklusion. Gibt es Vorstellungen zum weiteren Umgang hiermit?

Frau Schöps antwortete, dass zur nächsten UA-Sitzung Frau Erfurt, als verantwortliche Mitarbeiterin für die Bedarfs- und Entwicklungsplanung, mit anwesend sein wird. Diese kann mehr zu den Zahlen sagen. Vor Schuljahresbeginn gab es hierzu bereits Anfragen, die versucht wurden, zu lösen. Alle Anfragen kamen aus Neustadt, auch zur Betreuung bis 17 Uhr oder Ferienbetreuung. Problematisch sind die Ferienfreizeiten. Der Träger lebenstraum e.V. wurde hierzu angesprochen.

Problem: an den Förderschulen geht der Unterricht bis 13 Uhr. Hier steht 1 Lehrer und eine pädagogische Mitarbeiterin für 13 Kinder zur Verfügung. Ab 13 Uhr ist der Betreuungsschlüssel 1:25. Es gab hierzu eine Diskussion mit dem Ministerium. Diese vertreten die Auffassung, dass der Förderbedarf ausschließlich für die Schule ausgerichtet ist. Anschließend wird kein Förderbedarf gesehen, hier greift der Betreuungsschlüssel 1:25. Wo soll ein Hort gefunden werden, welche für 1,2 Wochen Kinder aus Förderschulen zur Ferienbetreuung aufnimmt. Die Förderschulen unterbreiten keine Angebote für die Ferienbetreuung. Demzufolge suchen die Eltern dieser Kinder einen Platz zur Ferienbetreuung.

Frau Wießner sprach an, dass es sich hierbei auch um Kinder im Rollstuhl oder an einem Beatmungsgerät handelt, also die etwas „schwierigeren Fälle“, da die medizinische Problematik auch zu berücksichtigen ist. Solche Kinder können nicht in „normale“ Einrichtungen, noch dazu mit dem Betreuungsschlüssel 1:25. Hier müssen Lösungen gefunden werden.

Frau Schöps sprach an, dass mit entsprechender Behinderung ein Grundanerkennnis vorliegt. Hier käme nur ein integrativer Hort, mit Finanzierung über die Arbeitsagentur, infrage. Dennoch ist der Betreuungsschlüssel gesetzlich vorgegeben. Mit lebenstraum e.V. und der Helene langer Schule soll ein integrativer Hort geschaffen werden, hierzu laufen die Gespräche.

Frau Plättner sprach an, dass für behinderte Kinder ein Sonder- oder Heilpädagoge erforderlich ist, auch wenn der Rest der Kinder „normale Kinder“ sind Personalschlüssel 1:6 wäre hier gegeben; oftmals gibt es auch problematische Kinder. Beispiel: 5 Kinder mit ADS und 1 Rollstuhlkind, mit dem Betreuungsschlüssel 1:6 ist die Betreuung hier nicht umsetzbar. Es gibt keine Lösung. Die

Oktoberferien stehen an. Ihr ist bekannt, dass 5 Eltern aus der Salzmannschule Bedarf angemeldet haben. Der „Ball wird hin und her geschoben“. Die Eltern stehen mit ihren Problemen ohne Lösungen da. Jetzt hat auch das Jugendamt das Problem, da die Eltern sich deswegen hierher wenden. Behinderte Kinder benötigen Strukturen, d.h. eine verbindliche Raum- und Gruppenstruktur. Es gibt auch teilweise aggressive Kinder dabei, hier würden die „normalen“ Kinder bei der Betreuung im Abseits stehen. Kinder schließen Kinder aus. Bei Eskalationen wollen die „normalen Kinder“ mit diesen Kindern nichts zu tun haben.

Herr Kramer sprach an, dass die Villa Jühling Ferienangebote unterbreitet, wo der Betreuungsschlüssel 1:6 ist, was aber zusätzlich nur mit Ehrenamtlichen möglich ist. Dieses Jahr waren 5 Kinder dabei; die 1:1 betreut werden mussten. Die Probleme sind in allen Bereichen der Jugendhilfe (Ferienfreizeiten, JBBZ) . Inklusion ist ein Schreckgespenst.

Frau Schöps sprach an, dass der Betreuungsschlüssel vom Land vorgegeben ist. Burg wollte hier selbst finanzieren, um die Probleme abzuwenden, schon war die Kommunalaufsicht da und es wurde zurück gerudert.

Herr Kramer sprach an, dass eine große Betroffenheit da ist, die Probleme werden immer sichtbarer. Wie gehen wir aus planerischer Sicht damit um? Wie soll dem Problem begegnet werden? Gibt es eine Vision hierzu?

Frau Schöps antwortete, dass die Verwaltung noch keine Lösung parat hat. Zu den Elternabenden gibt es jetzt Rückmeldungen zu den Ferienanmeldungen. Hier muss geschaut werden, wie viel Kinder hierzu betroffen sind. Die Verwaltung ist an einer Lösung interessiert, gesetzlich sind hier Maßgaben gesetzt, die nicht umgangen werden können.

Frau Plättner verwies darauf, dass mehr denn je Kinder aus der Salzmannschule Förderschüler für eine Betreuung anmelden. Warum tun sich die drei Förderschulen nicht zusammen und bieten an einem Standort für die Ferien eine Betreuung an? Warum reagieren diese Schulen nicht flexibel?
Antwort Frau Schöps: Die pädagogischen Mitarbeiter sind so aufgeteilt, dass die Stundenzahl nur für die Betreuung während der Schulzeit reicht.

Herr Zschocke sprach an, dass im Schulgesetz der Bedarf für Horte an Förderschulen drin steht. Es gab eine Änderung in der Organisationsverfügung an Förderschulen, die eine Betreuung bis 15 Uhr möglich macht, länger kommt nicht zustande.

Frau Schöps wies darauf hin, dass Rücksprachen mit den Ministerien laufen. Das Schulgesetz und das KiFöG werden hin- und hergeschoben. Wir müssen den Rechtsanspruch sichern.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass das KiFöG darauf ausgerichtet werden muss.

Frau Wolff sprach an, dass es an der UNI ein Gespräch gab, an welchem auch Vertreter des Ministeriums teilnahmen. Die freien Träger haben die Probleme dort vorgetragen. Es wurde zugesagt, dies mit zu nehmen.

Herr Kramer sagte, dass eine ganze Menge an Rücksprachen laufen, ohne Lösungen momentan. Er schlug vor, bei Vorliegen der nächsten Zahlen sich hierzu nochmals zu besprechen und dann klar zu artikulieren, wo das Dilemma liegt.

Frau Plättner sprach an, dass die Problematik an die Öffentlichkeit muss. Eltern müssen mehr klagen.

Festlegung: Erneute Aufnahme der Thematik in der TO für 09.11.11

zu 6 **Förderschüler (Inklusion)**

Siehe unter TOP 5 – da Zusammenlegung TOP 5 und 6 als ein Thema

zu 7 Mitteilungen

zu 8 Anträge von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung

Es lagen keine vor.

zu 9 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 10 **Anregungen**

Frau Wolff regte an, dass mit der Einladung auch die notwendigen Materialien zu den TOP mit zugesendet werden, damit eine ordentliche Vorbereitung erfolgen kann.
Die Anregung zu den Protokollen zu der Sitzung konnte durch die Verwaltung dahingehend beantwortet werden, dass diese unter der jeweiligen Sitzung im Session zu finden sind und nicht an dem Tag der Sitzung der Genehmigung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 11.10.11
